

Strom für alle

Europa braucht eine einheitliche Energiepolitik. Bislang verfolgt jedes Land seine eigene Strategie.

Von Oliver Geden und Severin Fischer

Nach gut einem Jahr der praktischen Umsetzung der Energiewende ist unverkennbar, dass die Handlungsspielräume des Bundes recht begrenzt sind. Bei brisanten Themen wie dem Netzausbau oder der Erneuerbaren-Förderung zeigen sich nicht nur Interessenkonflikte und Koordinationsprobleme zwischen Bundes- und Landesebene, sondern auch zwischen einzelnen Landesregierungen. Doch während die innerstaatlichen Differenzen zunehmend ins Blickfeld geraten und durch regelmäßige Gipfel im Kanzleramt im Zaum gehalten werden sollen, schwelen die innereuropäischen Gegensätze in der Energiepolitik noch weitgehend im Verborgenen.

Die Differenzen mit unseren Nachbarstaaten, die durch die Energiewendebeschlüsse noch verstärkt wurden, haben bisher keine wirksame Mediation erfahren. Ein offener Konflikt droht spätestens bei den anstehenden Entscheidungen über die energie- und klimapolitischen Ziele der EU für die Zeit nach 2020. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist deren europäische Einbettung aber mindestens ebenso wichtig wie eine reibungslose Bund-Länder-Koordination.

Innerhalb der EU ist bislang keine einheitliche Energiepolitik zu erkennen. Trotz verbindlicher Zielsetzungen bei Emissionsreduktionen und dem Ausbau der Erneuerbaren für das Jahr 2020 koexistieren nach wie vor 27 mitgliedstaatliche Energiestrategien nebeneinander. Deutschland will aus der Atomkraft aussteigen und setzt auf den schnellen Ausbau erneuerbarer Energieträger. Polen nutzt überwiegend Kohle zur Stromerzeugung, ist skeptisch gegenüber Erneuerbaren und plant den Einstieg in die Kernenergie. In Frankreich werden Atomkraftwerke noch lange die Stromerzeugung dominieren.

Während das Europarecht den Mitgliedstaaten eine große Autonomie bei der Gestaltung ihrer Energieerzeugungsstrukturen zubilligt, hat sich die Energiewirtschaft in den vergangenen Jahren jedoch zunehmend europäisiert. Die Integration der Strom- und Gasmärkte führt zu einer wachsenden Interdependenz nationaler Energiepolitiken. Zwar darf jeder Mitgliedstaat nach wie vor souverän über seine Energiepolitik entscheiden, doch kann dies für die Nachbarländer nicht mehr länger ohne Folgen bleiben.

Dies lässt sich anschaulich anhand der grenzüberschreitenden Lastflüsse im europäischen Strommarkt zeigen. So bahnt sich der Windstrom aus Norddeutschland seinen Weg in den Süden der Republik immer häufiger über die Netze Polens und Tschechiens. Deren Belastung durch deutschen Windstrom hat im vergangenen Jahr stark zugenommen und gefährdet nach Ansicht der Regierungen in Warschau und Prag die nationale Versorgungssicherheit.

Unsere Nachbarn verlangen von der Bundesregierung um eine Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der deutschen Energiewende und drohen gar mit einer Sperrung ihrer Netze für den Nord-Süd-Transit von Windstrom. Zum anderen bemängeln sie die ausgebliebene energiepolitische Koordination im Vorfeld des deutschen Ausstiegsbeschlusses. Doch auch Polen und Tschechien wären nicht bereit, ihre Pläne zum Ausbau der Atomenergie ergebnisoffen mit Deutschland zu diskutieren. Im energiepolitischen Konfliktfall zieht sich jeder EU-Mitgliedstaat auf seinen rechtlich verbrieften Souveränitätsanspruch zurück.

Der grenzüberschreitende Handel mit Elektrizität gehört inzwischen zum europäischen Alltag. Da er zu einer effizienteren Ausnutzung von Kraftwerkskapazitäten und insgesamt auch zu einem höheren Grad an Versorgungssicherheit beiträgt, wird das Projekt des EU-Energiebinnenmarkts heute nicht mehr infrage gestellt. Erforderlich ist jedoch eine sehr viel stärkere Koordinierung der Stromerzeugung innerhalb der EU. Ähnlich wie im Bund-Länder-Verhältnis ist es wenig zielführend, wenn die miteinander verknüpften Energiesysteme der Mitgliedstaaten weitgehend unabhängig voneinander geplant und betrieben werden.

Deutschland ist mittelfristig auf die Speicherkapazitäten innerhalb Europas angewiesen, wenn sich der Ausbau der Erneuerbaren wie geplant vollziehen soll. Die Integration der Energiemärkte hat allerdings zur Folge, dass Atomstrom hierzulande auch nach 2022 weiter konsumiert werden wird. Deutschland kann zwar den Betrieb von Kernkraftwerken untersagen, darf aber Anbieter von Nuklearstrom im EU-Binnenmarkt nicht diskriminieren.

Nicht nur die Stromflüsse europäisieren sich zunehmend, auch viele der politischen Entscheidungen, die für ein Gelingen der Energiewende zentral sind, werden inzwischen auf EU-Ebene getroffen. Seit der Einführung des Emissionshandelssystems werden rechtlich verbindliche Reduktionsziele im wesentlichen europäisch umgesetzt. Nationale Zielsetzungen, im Falle Deutschlands eine Treibhausgasminderung von 40 Prozent bis 2020, erweisen sich bei strenger Betrachtung lediglich als politische Absichtserklärungen. Wenn Deutschland den Klimaschutz weiter voranbringen will, wird sich die Bundesregierung vor allem auf EU-Ebene engagieren müssen.

In der Erneuerbare-Energien-Politik erweist sich die Situation als noch komplexer, auch angesichts der steigenden Kosten für mitgliedstaatliche Fördersysteme wie dem deutschen EEG. Die EU steht hier vor wichtigen Grundsatzfragen: In welchem Tempo soll der Ausbau der Erneuerbaren nach 2020 voranschreiten? Und kann dies weiterhin allein durch nationale Fördermechanismen gewährleistet werden oder sollte die EU eine stärker steuernde Rolle einnehmen? Zur Aufrechterhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit muss Deutschland ein Interesse daran haben, dass ein ambitionierter Ausbaupfad nicht nur bei uns verfolgt wird, sondern in allen EU-Mitgliedstaaten. Dazu sind nicht nur verstärkt Synergieeffekte in gemeinsamen europäischen Projekten zu nutzen, etwa bei der Offshore-Windenergie in der Nordsee. Erforderlich sind auch EU-weite verbindliche Ausbauziele.

In den anstehenden Verhandlungen über den europäischen Rechtsrahmen in der Energie- und Klimapolitik nach 2020 steht für Deutschland sehr viel auf dem Spiel. Kein einziger der großen Mitgliedstaaten und erst recht nicht die EU als Ganzes folgen bislang dem deutschen Entwicklungspfad, sieht man einmal von unverbindlichen Absichtserklärungen für Klimaziele im Jahr 2050 ab.

Der deutsche Ansatz eines massiven Ausbaus der Erneuerbaren bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Atomenergie steht demnach innerhalb der EU in scharfer Konkurrenz zu anderen energiepolitischen Strategien. Als das Modell mit dem größten energiewirtschaftlichen Transformationsbedarf kann die Energiewende im Rahmen des EU-Strombinnenmarkts nur dann erfolgreich sein, wenn es Deutschland gelingt, die bislang noch national gedachte Energiewende schrittweise zu europäisieren.

Oliver Geden und Severin Fischer sind Experten für die EU-Energiepolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.